

DOB

Koblenz, 23.03.2015

Dezernat 1

Tel.:

In Absprache mit Amt/EB:

31-Ordnungsamt

50-Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales

Antwort zur Anfrage

Nr. AF/0028/2015

Beratung im **Stadtrat** am **20.03.2015**, TOP öffentliche Sitzung

Betreff: Anfrage der BIZ-Ratsfraktion: Arbeitslosenquote von ausländischen Erwerbstätigen

Antwort:

1. Was hat die Verwaltung bisher unternommen, damit die Arbeitslosenquote ausländischer Erwerbspersonen in Koblenz sinkt?

Die Leitstelle für Integration initiiert und bezahlt bereits seit mehreren Jahren B2 Sprachkurse für Migranten, obwohl dies eine freiwillige Leistung darstellt. Durch die bessere sprachliche Qualifizierung der Teilnehmer wird die Wahrscheinlichkeit der erfolgreichen Arbeitsplatzsuche bzw. -vermittlung deutlich erhöht.

Die Leitstelle für Integration hat in Kooperation der Universität Koblenz-Landau das FUNK-Projekt (Fachsprachlicher Förderunterricht für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund) entwickelt und finanziert es überwiegend als weitere freiwillige Maßnahme. Durch den Förderunterricht wird es Schülerinnen und Schülern oft erst ermöglicht, einen guten Schulabschluss als Voraussetzung für Ausbildungsplatz oder Studium zu erreichen.

Auch Sprachfördermaßnahmen an Koblenzer Schulen werden freiwillig aus dem Budget der Leitstelle für Integration finanziert, um Migrantenkindern eine erfolgreiche Schullaufbahn zu ermöglichen. Ein (guter) Schulabschluss ist Voraussetzung für Ausbildungs- oder Arbeitsplatz.

Die Stadtverwaltung (VHS / Sozialamt) ermöglicht Asylbewerbern ohne Anspruch auf einen durch öffentliche Mittel finanzierten Sprachkurs durch Kreditgewährung die Teilnahme an Sprachkursen bei der VHS. Spracherwerb ist auch für die Arbeitsplatzsuche Voraussetzung.

Die Stadtverwaltung ist Kooperationspartner des Caritasverbandes Koblenz e.V. beim FAIR-Projekt (Flüchtlinge und Asylsuchende integriert in die Region). Mit dem Antrag beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird die Förderung des Projektes mit EU-Mitteln beantragt. Inhalt des Projektes ist die berufsvorbereitende Qualifizierung von Flüchtlingen

und Asylsuchenden. Eine Bewilligung steht noch aus. Der Beginn des Projektes ist im Sommer 2015 geplant

Bei dem von der IHK in Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaftsförderung eingerichteten Welcomecenter war die Stadtverwaltung bei der Planung involviert. Die Arbeit wird begleitet durch einen konstruktiven Austausch am "Runden Tisch Welcomecenter", an dem die Integrationsbeauftragte und der Leiter des Ausländeramtes teilnehmen.

2. Wie haben die anderen Städte erreicht, dass die Disparität geringer ist als in Koblenz?

Jede Stadt hat strukturelle Besonderheiten, die bei statistischen Vergleichen nicht berücksichtigt werden können. Besondere Gegebenheiten und Maßnahmen anderer Städte können hier nicht angegeben werden.

3. War die Arbeitslosigkeit der ausländischen Bevölkerung Thema im Vorstand des Rheinland-Pfälzischen Städtetages?

Arbeitslosigkeit ist auch beim Vorstand des Rheinland-Pfälzischen Städtetages ein wichtiges Thema. Die Geschäftsstelle des Städtetages ist sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene in die Prozesse zur Verbesserung der Beschäftigungssituation Erwerbsfähiger – auch mit Migrationshintergrund – eingebunden. Eine spezielle Befassung mit der Arbeitslosigkeit der ausländischen Bevölkerung fand in den letzten Sitzungen des Vorstandes jedoch nicht statt, zumindest nicht derart, dass ein Positionspapier erstellt worden wäre.

4. Welche Möglichkeiten haben Rat und Verwaltung, die Arbeitslosenquote ausländischer Erwerbsspersonen in Koblenz zu reduzieren?

Die Arbeitsvermittlung ist nicht primäre Aufgabe der Stadt Koblenz, sondern der Agentur für Arbeit und des Jobcenters (**siehe Anlage**).

Die Sprachkompetenz wird weiterhin als Schlüsselqualifikation bei der Arbeitsplatzsuche gesehen. Die Evaluation der durchgeführten B2-Kurse hat den Zusammenhang der Sprachqualifikation mit dem Erfolg bei der Arbeitsplatzsuche bestätigt. Das B2-Sprachniveau geht über das mit den Integrationskursen zu erreichende B1-Sprachniveau hinaus und ermöglicht oft erst eine erfolgreiche Arbeitsplatzsuche. Diese Förderung der Migranten und die Förderung der Schüler und soweit möglich der Asylbewerber soll fortgeführt werden. Auf die Antworten zu Frage 1 wird verwiesen.